

Erklärung der Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland

„Antisemitismusbeauftragte(r)“ und Kritik an der Politik Israels

1. Der Deutsche Bundestag hat im Januar 2018 die Bundesregierung aufgefordert, eine(n) Antisemitismusbeauftragte(n) zu berufen, der/die u.a. der weltweiten von Palästina ausgehenden Bewegung „Boycott, Divestment (Kapitalabzug), Sanctions“ (BDS)* entgegenzutreten habe. Denn „Antisemitismus“ nehme „mit dem Antizionismus und der Israelfeindlichkeit auch neue Formen an.“

Wir wenden uns gegen die darin enthaltene Unterstellung eines eindeutigen Zusammenhangs zwischen Kritik an Israels Politik und Antisemitismus.

2. Ebenso wird in der Schrift zum Antisemitismus der EKD von 2017 Kritik an der Politik des Staates Israel gleichgesetzt mit Antizionismus und Antisemitismus (S.9). Die Schrift stellt sich vorbehaltlos vor den Staat Israel, ohne ein Wort über die Leiden der Palästinenser zu verlieren.

Wir wenden uns dagegen, dass die Politik der israelischen Regierung von Kirche und Gesellschaft in Deutschland nicht thematisiert wird, obwohl internationale, auch jüdische Menschenrechtsorganisationen - ebenso solche in Israel selbst - sie seit Jahren wegen ihrer Menschen- und Völkerrechtsverletzungen anklagen.

3. Auch der Präses der EKIR Manfred Rekowski hat auf der Landessynode 2018 mit seiner Forderung nach Antisemitismusbeauftragten ohne Erwähnung des Kontextes in Israel-Palästina dazu beigetragen, dass die Frage des Antisemitismus die Kritik an der israelischen Politik in den Hintergrund drängt.

Wir wenden uns dagegen, dass die Kirche sich gewollt oder ungewollt in den Dienst der israelischen Kampagne gegen den weltweiten gewaltfreien Protest und Widerstand gegen eine Politik des Unrechts in Israel-Palästina stellt.

* [www.solidarischekirche.de/Texte/Brennpunkt Israel – Die weltweit wachsende Boykott-Bewegung](http://www.solidarischekirche.de/Texte/Brennpunkt%20Israel%20-%20Die%20weltweit%20wachsende%20Boycott-Bewegung)